

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Preis- und Bezugsbedingungen siehe pro Seite 25 Pf. — Geschäftsverträge werden nicht entgegenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshausen Straße 38-42. Telefon-Nrn. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Mittelband Bochum.

### Verständigungsfrieden und Verfassungsreform.

Endlich hat die Reichstagsmehrheit das Wort ausgesprochen, nach welchem sich die erdrückende Hebergahl des deutschen Volkes längst gefehlt hat. Die nun erfolgte Aktion der Mehrheitsparteien wäre nicht notwendig gewesen wenn nicht bei uns seit über zwei Jahren außerordentlich geldstarke und sehr rücksichtslose „Oberhäupter“ harnächtig daran gearbeitet hätten, den Krieg, der am 4. August 1914 auch offiziell als ein Verteidigungskrieg bezeichnet worden ist, zu einem imperialistisch-großkapitalistischen Eroberungskrieg zu stempeln. Diese Treiberei, eingeleitet im Frühjahr 1915 mit der im Ausland alsbald bekannt gemordenen „vertraulichen Eingabe“ der alldeutsch-großindustriell-konzerbattiv-agrarischen Sechsbündnisgruppe, hat das deutsche Volk immer stärker beunruhigt, dem feindlichen Auslande den erwünschten Stoff zur wahrhaftigsten Hebe gegen Deutschland geliefert und zweifellos den Krieg verlängert. Mit Recht ist am 19. d. Mts. im Reichstag gefragt worden, wenn die Agitation dieser Eroberungs-Heimkrieger unterblieb, dann wäre wahrscheinlich der Krieg schon zu Ende.

Alle friedensfreundlichen Erklärungen der verantwortlichen Regierungsbekträter der Mittelmächte wurden vor dem Auslande so gut wie wertlos gemacht durch die mit fabelhafter Energie, rücksichtsloser Draufgängerei und unermeßlichen Geldmitteln betriebene Bearbeitung der Öffentlichkeit durch unsere Eroberungspolitiker. Deshalb war es höchst notwendig und eine geschichtliche Tat, daß die Volksvertretung, der Reichstag, unbeeinträchtigt durch kampfthafte Hintertreppenspolitik, Beschimpfungen und Drohungen, seine Stimme gegen die Kriegsgagitatoren, für den Völkerefrieden erhob!

Daß er es getan hat, das dankt ihm die erdrückende Mehrheit des Volkes, dankt ihm nicht zuletzt die Arbeiterschaft!

Die drei großen Parteien: Fortschrittliche Volkspartei, Sozialdemokratie und Zentrum haben sich nach überaus kritischen und denkwürdigen Vorgängen — deren Einzelheiten in der Tagespresse noch zu lesen sind — verständigt über eine Kundgebung, deren Wortlaut wir nun folgen lassen:

„Der Reichstag erklärt: Wie am 4. August 1914 zilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Ehrenrede: „Uns treibt nicht Eroberungslust!“ Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbstständigkeit, für die Unverletzlichkeit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Verbesserung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsveränderungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Abhängigkeit und Vereindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindseligen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, uneingeschränkt ausdauern und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampf das Vaterland schützen. Der unergängliche Lauf des ganzen Volkes ist ihnen fideci.“

Bei der Abstimmung erklärten sich 214 Abgeordnete für, 116 gegen die Resolution, 17 enthielten sich der Abstimmung. (Die sog. unabhängigen Sozialisten stimmten dagegen, weil „es nicht weit genug geht“; natürlich sind aber auch sie für den Verständigungsfrieden.) Die Mehrheit setzt sich zusammen aus Sozialdemokraten, Volksparteiler, fast sämtlichen Zentrumsabgeordneten, Mitgliedern der „Deutschen Fraktion“, Elsäffer und einige sonstige. Gleichfalls stimmen gegen die Resolution nur die Konservativen und Nationalliberalen, von denen bekannt ist, daß sie am meisten unter dem Einfluß der alldeutsch-großkapitalistischen Eroberungsgagitatoren stehen.

Die Parteien, welche sich für den Verständigungsfrieden entschieden haben, vereinigten bei den letzten Reichstagswahlen (1912) auf sich zusammen über 8 1/2 Millionen Stimmen, von 12 1/2 Millionen überhaupt abgegeben! Wühin stehen hinter den Abgeordneten, die den Verständigungsfrieden befürworten, mindestens 75 Prozent der Reichstagswähler! Wenn jetzt allgemeine Reichstagswahlen stattfänden könnten, würde sich ergeben, daß die Einbringer der Friedensresolution eine noch weit größere Volksmehrheit für sich haben.

Was die vom Reichstag angenommene Resolution ausspricht, das ist der Zeitgedanke, der das deutsche Volk am 4. August 1914 bewegte: Verteidigung des Vaterlandes bis zum Aussterben, aber keinen Eroberungskrieg!

Diese Parole war es, der die Arbeiterschaft an jenem Tage zustimmte, für welche sie bereit war und ist, zu kämpfen und zu opfern bis der ehrenhafte Friede erreicht ist. Unden die große Reichstagsmehrheit sich nun ausdrücklich zu dieser Parole bekannte, hat sie der zweifelslosen Volksstimmung Rechnung getragen, sich als Volksvertretung erwiesen.

An die Stelle des ersten Reichsbeamten war inzwischen ein anderer getreten. Der Reichskanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, hat nach achtjähriger Amtszeit seinen Abschied genommen. Sein Nachfolger ist der bisherige preussische Staatsminister, Herr Unterstaatssekretär Dr. Michaelis.

Herr v. Bethmann Hollweg ist gescheitert an seiner Unentschlossenheit, das, was er als richtig erkannte, konsequent durchzuführen. Wenn wir nun sehen, daß vornehmlich die annexionslüstigen Kriegstreiber und die wüsten Feinde innerpolitischer Verfassungsreformen den Abgang des fünften Reichskanzlers begrüßen, ihn mit Gelschäften traktieren, dann wissen wir auch — wenn wir es nicht vorher schon wußten —, daß Bethmann Hollweg kein Kriegsfreund und kein Reformfeind war!

Der organisierten Arbeiterschaft war längst bekannt, daß Bethmann Hollweg auf das grimmigste bekämpft wurde, gerade von den Kreisen, die sich den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft hartnäckig entgegenstimmten. Diese Tatsache stärkt den abgegangenen Reichskanzler ein freundliches Andenken innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Wäge der neue Reichskanzler, den wir in öfteren Besprechungen über Ernährungsfragen als einen einsichtigen, tatkräftigen Mann kennen lernten, danach trachten, sich ebenfalls der sympathischen Mitarbeit der organisierten Arbeiterschaft zu verschern. Welche mächtigen, reformfeindlichen Widerstände da zu überwinden sind, das hat das Schicksal Bethmann Hollwegs gelehrt.

Der neue Reichskanzler hatte sogleich Gelegenheit, seine Stellung zu den von der Reichstagsmehrheit gestellten Fragen zu präzisieren. In längerer Rede besprach er am 19. d. Mts. im Reichstag die Kriegs- und Friedensfragen. Wir heben aus dieser Programmrede zunächst nur hervor, was Herr Dr. Michaelis über das Kriegsziel sagte. Er erklärte zu der oben abgedruckten Resolution der Reichstagsmehrheit:

„Deutschland hat den Krieg nicht gewollt um Eroberungen zu machen, um seine Macht gewaltsam zu erweitern, und darum wird es den Krieg auch nicht länger führen, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekommt, bloß um gewaltsame Eroberungen zu machen. Das, was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir den Frieden als solcher machen, daß wir ihn selbst erfolgreich durchgeführt haben. . . In diesem Geiste wollen wir in Verhandlungen eintreten, wenn es Zeit ist. Meine Herren! Sie können den Frieden nicht noch einmal anbieten. Die Hand, die einmal ehlich und friedensbereit ausgestreckt wurde, hat ins Leere gegriffen. Wenn wir Frieden machen, dann müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des deutschen Reiches für alle Zeiten festgelegt werden. Wir wünschen im Wege der Verständigung und des Ausgleichs die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und Uebersee garantiert. Der Friede muß die Grundlage für eine dauernde Verbesserung der Völker bilden. Er muß der weiteren Vereinigung der Völker durch wirtschaftliche Zusammenarbeit vorbeugen. Er muß uns davor sichern, daß sich der Waffenbund der Gegner nicht zu einem wirtschaftlichen Teufelsbund gegen uns auswächst.“

Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Entscheidung, wie ich sie auffasse erreichen. Wenn die Feinde ihre Eroberungsgelüste, ihre Niederwerfungsgelüste aufgegeben haben und eine Verhandlung nützlich, dann ist das gesamte deutsche Volk und die deutsche Armee mit ihren Führern, die mit diesen Erklärungen einverstanden sind, darin einig, daß wir den Gegner, der die Fühler ausstreckt, hören, was er uns zu sagen hat. Denn wir wollen ehlich und friedensbereit in die Verhandlungen eintreten.“

In diesen Sätzen liegt das Bekenntnis zum Verständigungsfrieden. Wer sie anders auslegt, wie das bereits schon wieder von der Annexionspresse geschieht, der arbeitet den deutschen Feindlichen Kriegshetzer in die Hände! „Der Friede muß die Grundlage für eine dauernde Verständigung der Völker bilden!“ So hat der neue Reichskanzler vor aller Welt erklärt. Eine dauernde Verständigung der Völker ist aber nur möglich, wenn allseitig auf Eroberungen und wirtschaftliche Vergewaltigungen verzichtet wird.

Nun der „Sinn des Krieges“ sowohl von der großen Reichstagsmehrheit als auch von der verantwortlichen Reichsleitung wieder als ein Verteidigungskampf unseres Volkes klargestellt ist, wird die seelische Schwungkraft der schwerleidenden Volksgenossen eine bedeutende Stärkung erfahren, nun sie wissen, daß sie nicht bluten und leiden um erobersungspolitischen Kriegsziele willen.

Auch im feindlichen Auslande wird die weltgeschichtliche Rundgebung der deutschen Volksvertretung die Stellung der Friedensfreunde verstärken. Das schwerleidende Volk in Frankreich, Italien und England muß und wird von dem Beschluß des Deutschen Reichstages erfahren. Und alle Lügen und Hebereien der internationalen Kriegshetzer werden das Wachen der Erkenntnis, daß der Krieg eine unkluge Menschenkläckeri ist, nicht verhindern können. In Rußland erheben sich immer höhere Volksmassen leidenschaftlich gegen die Fortsetzung der verbrecherischen Megelei. Die Vernunft wird doch siegen, trotzdem und trotz alledem! Helfen wir dazu nach besten Kräften!

Parallel mit den Friedensbestrebungen läuft die Arbeit für innerpolitische Verfassungsreformen. Die kaiserliche Oberbotchaft verkündigte die Einführung einer Wahlrechtsreform in Preußen. Diese Kundgebung hätte eine viel günstigere Wirkung auf das Volk ausgeübt, wenn nicht auch hier die allbekanntesten Reformfeinde, die vorzüglich in den Reihen der ausdeweisendsten Eroberungspolitiker zu finden sind, alsbald begannen, die Oberbotchaft so zu deuten und so drehen, daß sich im Volke immer stärker die Meinung festsetzte, es würde „nach dem Kriege doch wieder alles beim alten bleiben.“ Mit dieser Ansicht wollte und konnte sich das Volk aber nicht abfinden, und die konzerbattiv-alldeutsch-großkapitalistischen Organe taten alles, um die Befürchtung des Volkes später doch der Betrogenen zu sein, zu erhöhen. Die Folgen dieser Volksstimmung waren leicht vorauszusagen.

Bethmann Hollweg hatte dies erkannt. Weil er sich bereit erklärte hatte, die inneren Reformen durchzuführen, eben darum war er der von den Reformfeinden bestschätzte Mann. Seinem Einfluß ist es eben noch gelungen, die preussische Krone unterm 11. Juli 1917 zu einem Erlaß zu bewegen, der in Ergänzung der Oberbotchaft (7. April 1917) bestimmte, daß der

dem Landtag zur Beschlußfassung vorzulegende Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist. Die nächsten preussischen Landtagswahlen sollen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden.

Nachdem dieses Zugeständnis an die Volksmeinung ergiebt war, nahm Bethmann Hollweg seinen Abschied. Er kapituliert vor dem reformfeindlichen Kesseltreiben.

Der neue Reichskanzler hat dann am 19. d. Mts. im Reichstag erklärt, daß er die angekündigte Wahlrechtsreform zur Durchführung bringen wolle! Er hält es auch „für nützlich und notwendig“, „mit den großen Parteien . . . eine enge Fühlung herbeizuführen“, also nicht etwa gegen den Willen der Reichstagsmehrheit zu regieren.

Aber schon melden sich wieder die auf ihre unberechtigten Vorrechte pochenden Reaktionäre und deuten auch die neueste offizielle Wahlrechtsklärung derart um, daß, wenn es nach diesen volksfremden und volksfeindlichen Kreisen ginge, statt ehlicher Reform eine Volksverhöhnung herauskäme. Also wird von dieser Seite erneut das reformfeindliche Volk ernüchert. Es war darum notwendig, daß im Reichstag von dem neuen Reichskanzler die schleunigste Durchführung der preussischen Wahlrechtsreform gefordert wurde.

Für die Bergarbeiter bedeutet eine volkstümliche Zusammenkunft des Preussischen Landtages (speziell die Verwirklichung alter, längst begründeter Berufsforderungen. Was hat der Preussische Landtag in Sachen des Bergarbeiterrechtes nicht alles gefordert? Statt Bergarbeiterrecht hat er Bergarbeitervertrag. Statt gründlicher Betriebsreformen hat er weiche Salbe beschlossen. Die Tätigkeit des Preussischen Landtages auf dem Gebiete des Bergarbeiterrechtes, des Bergarbeiterrechtes, der knappschaftlichen Gesetzgebung ist seit 1850 eine fast fortlaufende Kette von Entrechtungen und Provokationen der Bergknappen.

So verhält es sich, daß die große Berufsgenossenschaft der Bergarbeiter ein besonderes Lebensinteresse an einer gründlichen Reform des preussischen Landtagswahlrechts hat. Darum werden unsere Kameraden als Staatsbürger die politischen Parteien tatkräftig unterstützen und fördern in i i s e n, die sich r i c h t i g auf den Boden der Wahlrechtsreform stellen.

Mächtige Interessentengruppen stemmen sich dieser Reform hartnäckig entgegen. Aber was wollen sie machen, wenn das freie liegende Volk sich für die Reform unseres Verfassungslebens einsetzt?

Organisation, Kameraden, der Kräfte bringt uns vorwärts! Von uns wird einst die Nachwelt sagen, es blickt auf uns die Gegenwart! Danach handelt ihr, indem ihr unausgeseht die Reihen des Verbandes versträkt.

### Bergarbeiterfragen vor dem Hilfsdienstausschuß des Reichstags.

Der Hilfsdienstausschuß (Reichstagsausschuß) beschäftigte sich am 14. Juli mit der Kohlenfrage, und dabei spielten die Arbeiterverhältnisse die Hauptrolle. Generalleutnant von Gröner gab Auskunft über die Zahl der kirchlich vom Seeresdienst entlassenen Bergarbeiter und stellte noch weitere Entlassungen gelehrter Bergleute in Aussicht, damit die Kohlennot gelassen und namentlich auch die Beschaffung des Hausbrandes gesichert werde. Er gab dabei auch die steigenden Förderzahlen bekannt und wies an der Hand graphischer Darstellungen auf die fallende Leistung der Bergarbeiter pro Kopf der Belegschaft hin, während die Löhne ganz gewaltig gestiegen seien. Der Vorsitzende, Abg. G o t t h e i n, bat den Chef des Kriegsamtes, auch Auskunft zu geben über Ursachen und Umfang der jetzt vorgekommenen Bergarbeiterstreiks, namentlich des in Oberschlesien. Generalleutnant von Gröner gab dann die Zahl der streikenden Bergleute bekannt. Der Streik sei stark im Aufblauen. Eine Einigung sei bei den Verhandlungen im Oberbergamt Breslau nicht zustande gekommen. Es seien nun die Schlichtungsausschüsse (nach § 13 des Hilfsdienstausschusses) angerufen. Die Unzufriedenheit sei auch durch Einbringung politischer Dinge noch gesteigert worden. Daß die Arbeitgeber mit den Arbeitervertretern über die Streitfragen im Bergbau nicht verhandelten, bedauere er sehr, weil es im Allgemeininteresse liege. Er sei aber bestrebt, doch noch eine Verständigung zu erzielen und hoffe, dabei bald ein günstiges Resultat erreichen zu können. Können Arbeitgeber und die Organisationsvertreter der Arbeiter gemeinsam am Verhandlungstisch zusammen, so werde sich manches Mißverständnis beseitigen und manche Differenz beilegen lassen.

Abg. S a c h s e schildert die Ursachen des ober-schlesischen Streiks, die auch nur in der Lebensmittelnot, in der ungeheuren Teuerung und den zu geringen Löhnen lagen. Politische Dinge seien dort wirklich nicht hineingetragen. Das sei Schwarzheerei. Auch protestiert er gegen die Anschuldigungen der Gewerkschaftsangehörigen, die auch in diesem Falle wieder als Hezer hingestellt worden seien. Selbstredend könnten diese nicht nur die Feuerbrigaden spielen, die das Feuer zu löschen haben, sondern sie seien verpflichtet, berechtigte Kritik zu üben und die Interessen der Arbeiter zu wahren. Die Löhne seien gerade in Ober- und Niederschlesien unter allen Steinkohlenrevieren am weitesten zurückgeblieben. Namentlich sei es im Braunkohlenbergbau. Die Lebensmittelpreise seien jetzt überall so kolossal gestiegen, namentlich fürs Gemüse, daß die Löhne nicht mehr ausreichen seien. Dann berufsache es auch unter den Bergarbeitern sehr große Aufregung, wenn immer wieder ihre reklamierten Vertrauensleute strafweise zum Militär eingezogen würden, wenn sie als Ausschußmitglieder oder als Vertrauensleute die Interessen ihrer Kameraden pflichtgemäß vertreten. Sachs e trug einen neuen Fall vor, wo ein Vertrauensmann, auf dessen Beschwerde hin die gleichmäßige Ausschußwahl endlich vorgenommen wurde, 3 Tage nach der Wahl, er wurde auch in den Arbeiterausschuß gewählt. t e l e p h o n i s c h zum Seeresdienst eingezogen wurde, trotzdem er nur garnisondienstfähig sei.

So gebe es in den meisten Bergbezirken noch zu: Zur Abnahme von elendem Böttgergemüse, das die Sechen anschafften und für 1,70 bis 2 Mk. per Pfund an die Arbeiter abgeben, werden die Arbeiter förmlich gezwungen. Sachs e legte zum Beweis diesbezügliche Anschlagzettel von Braunkohlenrevieren vor. Arbeiter, die unter 7 Mark, ja sogar als Bauer noch unter 5 Mark pro Sack verdienen, könnten solche Preise nicht zahlen. Verlangen sie mehr Lohn oder gehen sie in besser bezahlte Rüstungsindustrie über, so schreien die Arbeitgeber nach Beseitigung des Belag-

schäftswechsels oder rufen mit Kirdorf nach Unterdrückungsmaßnahmen seitens der Behörden. Auch in Westfalen klagen die Bergleute, die Sache weiter anführte, daß sie bei ihren jetzigen etwas erhöhten Löhnen das unerschämte teure Gemüse an Stelle der fehlenden Kartoffeln nicht mehr kaufen könnten. Auch diese vorläufige Maßnahme mit Recht, wie überall, billigere Nahrungsmittel oder erhöhte Löhne. Würden die Arbeitgeber endlich Vernunft annehmen und mit den Gewerkschaftsvertretern Verhandlungen pflegen, so würde mancher Streik und Streik verhütet werden. Auch der in Oberschlesien seit längst beigelegt worden, wenn die Arbeitgeber sich zu Verhandlungen bereit erklärt hätten. Im Oberbergamt zu Breslau sei nicht mit den Arbeitervertretern und den Arbeitgebern gemeinsam verhandelt worden, sondern das Oberbergamt habe mit jeder Gruppe getrennt verhandelt, was von neuem zeige, welcher unselbige Geist die Herren noch beherrsche. Weder das dringend, das Kriegszustand solle sich nicht von den Angaben lösen lassen, die dahin gingen, daß die Arbeitsleistung stark falle, wo die Löhne sehr gestiegen seien. Die Lohnsteigerung erreiche die Steigerung der Lebensmittelpreise bei weitem nicht. Die Leistung pro Kopf falle abnehmend nur deshalb, weil man neben den Ungelernten auch die Frauen und Jugendlichen, die jetzt massenhaft im Bergbau in Nebenbetrieben arbeiten, mit als volle Arbeitskräfte einrechne. Das Kriegsamt solle sich eine Aufstellung machen lassen von denjenigen Arbeitern, die wirklich an der Kohlenproduktion tätig sind, solle alle Nebenarbeiten ausschließen und man werde sehen, daß die wirkliche Leistung der Bergleute nicht falle, sondern eher steige. Die Werkspreise habe selbst schon über steigende Leistung der wirklichen Bergarbeiter berichtet. Schlechtes Geschichtsmaterial, Holz- und Wagenmangel bedingten allerdings auf vielen Werken eine Förderausfall, an dem aber die Arbeiter ganz unschuldig seien.

Auch andere Abgeordnete, Bauer, Giesberts, Tittmann, bestätigten und ergänzten zum Teil die Ausführungen Sachjes. Generalkommandant v. Gröner erklärte neben seinem Stabschef Oberst Marquardt, daß viele Generalkommandos schon die Anweisung an die Militärstellen hätten ergehen lassen, daß Knappheitsälteste, Vertrauensleute und Arbeiterausschüßmitgliedern nicht ohne vorherige Untersuchung der Generalkommandos zum Gendarmendienst eingezogen werden sollen. Er werde das auf alle neuen allen Generalkommandos empfehlen. Freilich, solche Reklamierte, die sich an schädlichen Streiks beteiligten, müßten eingezogen werden, das werde jetzt auch in Oberschlesien geschehen. Denn Reklamierte würden entlassen, um zu arbeiten. Die Kohlen würden äußerst nötig gebraucht, deshalb könne man nicht dulden, daß Reklamierte sich am Streik beteiligen. Auch er sei dafür, daß man aber auch mit diesen Leuten nicht so streng verfahren, wenn ihr Unmut, der sie zum Streik verleitet, berechtigt gewesen sei. Er sicherte noch weitere Entlassungen von älteren Bergleuten aus dem Militärdienst zu, damit dem Kohlenmangel vorgebeugt werden könne. Da das Ueberwachungsamt während der Debatte als mehr schädlich als nützlich bezeichnet wurde, jagte Generalkommandant v. Gröner eine genaue Prüfung auch dieser Frage zu. Er neige auch der Ansicht zu, die auch von vielen Arbeitgebern geteilt werde, daß ein lang anhaltendes Verfahren von Ueberwachungsamt keinen Nutzen bringe. Den Wünschen des Herrn Kirdorf werde das Kriegsamt nicht nachkommen. Aus der Kommission war durch Zwischenruf verlangt worden, Herrn Kirdorf solle man auch in Schutzhaft setzen, das lehnte er auch ab und meinte, es sei wohl auch nur Scharz gewesen. Herr Abg. Kretsch hielt die Sache doch für Ernst und wehrte sich nicht nur eifrig gegen dies Verlangen, sondern hob auch die großen Verdienste des Herrn Kirdorf hervor.

Da Abg. Bauer ausdrücklich verlangt hatte, man solle gegen die schuldigen Arbeitgeber seitens des Kriegszustandes ebenso scharf vorgehen, wie man das gegen Arbeiter tue, wenn sie streikten, so nahm Herr Kretsch die Arbeitgeber, ebenso die Landwirte, eifrig in Schutz.

Die Versammlungsverbote in Schlesien sind, nach der Versicherung Gröners, nur wegen den Krawallen erlassen worden, es sei bereits wieder, so führte letzterer an, eine mildere Handhabung anempfohlen und würden auch Versammlungen wieder zugelassen.

### Lohneingabe für die sächsischen Bergarbeiter.

Am 15. Juli fanden in Zwickau und Lugau von der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes einberufene Grubenvertrauensmännerkonferenzen statt, die sich eingehend mit der jetzigen Lage der Bergarbeiter beschäftigten und zu neuen Lohnforderungen Stellung nahmen. In der Aussprache wurden die leidenschaftlichsten Klagen zum Ausdruck gebracht und beschloffen, nachstehende Eingabe an den bergbauischen Verein zu senden:

Wir den Vorstand des Bergbauischen Vereins für Zwickau und Lugau-Oelsnitz in Zwickau.

In einer am 15. Juli für das Zwickau- und Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier stattgefundenen Konferenz von Gruben-

vertrauensmännern des Verbandes der Bergarbeiter-Deutschlands wurde der ergebenst Unterzeichnete beauftragt, erneut an den Bergbauischen Verein die dringende Bitte zu richten, möglichst sofort eine allgemeine, ausreichte Lohnerhöhung für alle Bergarbeiter unter und über Lage durchzuführen und zur Erreichung derselben nachstehende Wünsche zu berücksichtigen:

1. eine Schichtloohnerhöhung von 50 Pf. pro Schicht;
2. eine weitere Feuerungszulage von 60 Pf. pro Schicht;
3. die jetzt gezahlte Kinderzulage von zwei auf drei Mark pro Kind und Kopf zu erhöhen;
4. pro Mark des Schichtlohnes nicht unter 70 Pf. Gewinn Ausbeute zu gewähren, und
5. dafür zu sorgen, daß auf denjenigen Werken, wo die Schichtlohnfrage niedriger sind wie auf anderen Werken, die notwendigen Erhöhungen der Schichtlöhne bei den einzelnen Arbeiterkategorien vorgenommen werden.

Die zwingende Notwendigkeit einer sofortigen und ausreichenden Lohnerhöhung besonders zu begründen, glaube ich verzichten zu können, da dieselbe in letzter Zeit auch von Seiten der Herren Werksbesitzer anerkannt worden ist. Es soll deshalb nur kurz darauf hingewiesen werden, daß sehr oft die Möglichkeit besteht, Lebensmittel kaufen zu können, die Bergarbeiter aber aus Mangel an Mitteln dieses unterlassen müssen. Daß zum Beispiel wertvolle Nahrungsmittel wie Obst und Frischmilch, welches die Bergarbeiter zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft recht notwendig gebrauchen könnten, kann nur wenig gekauft werden, weil die Preissteigerung derart ansehend ist, daß die Löhne der Bergarbeiter nicht ausreichen, um so hohe Preise zahlen zu können. Eine fünfköpfige Familie müßte, wenn sie ein solches Mittagsgeld zubereiten wollte, fast den gesamten Lohn einer ganzen Schicht ihres Ernährers opfern.

In der Konferenz wurde auch darauf hingewiesen, daß nach der letzten bewilligten Feuerungszulage, auf verschiedenen Werken ein Zurückgehen der Gewinne oder Ausbeute festgestellt werden konnte. Als Beweis gestatte ich mir nur ein Werk zu benennen, was sehr leicht auf anderen Gruben auch nachgewiesen werden kann. So wurde auf Schacht 1 des Brückenberg Steinkohlenbauvereins vor einem Ort im April d. J. eine Ausbeute von 230 Mark und im Mai eine solche von 126 Mark ausgezahlt. Vor einem anderen Ort im April 1.74 und im Mai 126 Mark. Vor einem weiteren Ort im April 228, im Mai 148 Mark. Also überall ein wesentlicher Rückgang der Ausbeute, wodurch die bewilligte Feuerungszulage von 40 Pf. illusorisch gemacht wurde. Auf demselben Werk wurden im Mai ohne Kriegszuschlag in 23 Schichten 131,77 Mark, in 24 Schichten 108,54 Mark, in 27 Schichten 124,37 Mark und in 23 Schichten 112,97 Mark verdient. Das sind Säuerlöhne, die bei normalen Zeiten als vollständig ungenügend bezeichnet werden müssen, in der jetzigen Zeit aber nicht mehr vorkommen sollten.

Die im April d. J. bewilligte Feuerungszulage von 40 Pf. muß im Verhältnis zu der vorgekommenen Erhöhung der Kohlenpreise als zu gering bezeichnet werden. Die Herren Werksbesitzer haben wohl die ihnen entstehenden Mehrkosten und selbst auch die von den Arbeitern nicht verschuldete Minderleistung angerechnet, aber der Erhöhung des Lohnes für die Bergarbeiter nicht die notwendige Beachtung geschenkt. Die sächsischen Bergarbeiter sind unter den Verufen der Kriegszulage, die am schlechtesten bezahlten Arbeiter. Auch ihre Kameraden in Westfalen verdienen pro Schicht mindestens 3 Mark mehr. Wenn man berücksichtigt, daß auch die Arbeiter mit weit höherem Verdienst wie die sächsischen Bergarbeiter schwer zu kämpfen haben, um Durchhalten zu können, dann ist es leicht zu verstehen, wie fräurig es in den Familien der Bergarbeiter aussehen muß. Nicht nur körperlich und gesundheitlich ist der weitaus größte Teil der sächsischen Bergarbeiter auf einer Stufe angelangt, die zu den ernstesten Bedenken Veranlassung geben muß, sondern auch wirtschaftlich liegen die meisten Familien vollständig darnieder, weil dieselben seit Jahren nicht in der Lage waren, irgend welche notwendigen Gegenstände des allgemeinen Bedarfs im Haushalt zu kaufen zu können.

Der fortgeschrittene Drang zur Abwanderung, sowie die stattgefundenen Unterbrechungen der Kohlenförderung auf den einzelnen Werken sind Beweis dafür, daß die Geduld der Bergarbeiter das Schicksal erreicht hat und deshalb schnelles Handeln geboten erscheint, wenn nicht weitere Störungen in der Kohlenförderung eintreten sollen, die unter Verächtlichung der jetzigen Zeit, verhindert werden müssen.

In der Hoffnung, daß die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter volle Beachtung und möglichst schnelle Erledigung finden, zeichnet

Mit hochachtungsvollem Glückwunsch!  
Die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands  
für das Zwickau- und Lugau-Oelsnitzer Revier.  
F. A. Krause.

Es liegt nun an den Werksbesitzern, zu tun, was die Bergarbeiter zufrieden stellt. Denn, daß muß in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden: So darf es nicht weiter gehen, die Bergarbeiter sind nicht gewillt, dieses noch länger ruhig hinzunehmen. Es ist oft genug ermahnt und gewarnt worden, so daß nur noch

das Handeln als letztes Mittel übrig bleibt. Wer die Stimmung in den Konferenzen beobachtet hat, der mußte zu der Ueberzeugung kommen, daß sozusagen etwas in der Luft liegt. Viele Kameraden erklärten auch die aufgestellten Forderungen noch nicht weitgehend genug, und müssen diese als das mindeste bezeichnet werden, was zu fordern, die Bergarbeiter ein Recht haben.

Der Bezirksleitung unseres Verbandes ist vom Vorstand des Bergbauischen Vereins für Zwickau und Lugau-Oelsnitz, gez. Klöber, unterm 17. Juli mitgeteilt worden, daß die Mitglieder genannten Vereins beschloffen haben, vom 1. August ab eine nicht unerhebliche Aufbesserung der Bezüge der Bergarbeiter eintreten zu lassen, deren Höhe aber davon abhängt, inwieweit gleichzeitig eine Erhöhung der Kohlenpreise eintreten kann. Die Erhöhung der Kohlenpreise ist bekanntlich von der Genehmigung der Regierung abhängig.

### Kapital, Parlamente, Wissenschaft und Presse.

Der Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Industrieller beschloß am 15. Oktober 1909 im Hotel Adlon in Berlin die „Bildung eines industriellen Wahlfonds“ zur Unterstützung der „Wahlkandidaten aller bürgerlichen Parteien“. Das Leitmotiv war: Vertretung kapitalistischer Interessen, Kampf gegen die Sozialdemokratie und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. Der „industrielle Wahlfonds“ sollte die bürgerlichen Abgeordneten diesem Zwecke dienstbar machen.

Von den Universitäten ist man damals noch nichts zu erwarten, denn der inzwischen gestorbene Handelskammerpräsident Dr. Tille-Saarbrücken führte u. a. aus:

Am 307 Wahlkreise zu bearbeiten, müßten wir 8000 Agitationskräfte haben, die von 200 Lehrkräften ausgebildet werden müßten. Von den Universitäten dürfen wir nichts erwarten. Bei der heutigen Verunsicherung der akademischen Wissenschaft in Klassenmoralische Tendenzen ist nicht daran zu denken, daß irgendeine akademische Lehranstalt ähnliches für uns leisten könnte. . . Da kann uns nur die Schaffung einer eigenen Akademie helfen, wenn wir den heiligen Kampf aufnehmen wollen gegen den ganzen Umfang des Marxismus, des Kathedersozialismus, des Staatssozialismus und wie die Feinde alle heißen, die heute dem Handels- und Gewerbebetriebe so unendlichen Schaden zufügen. Das wird im Jahre mindestens eine halbe Million verfalligen. Aber die deutsche Industrie ist zweifellos in der Lage, etwas derartiges zu machen, und der Zentralverband deutscher Industrieller ist die einzige Stelle, in deren Hände man diese große Sache beruhigt legen kann. Natürlich dürfte eine solche Anstalt nicht in einer Universitätsstadt oder am Orte einer Handelshochschule liegen, sondern z. B. in Düsseldorf, wo eine Beeinflussung durch akademische Lehrer anderer Richtungen im persönlichen Verkehr ausgeschlossen ist.

Inzwischen hat man die „Voraussetzungen der Wissenschaft“ anders einschätzen gelernt. Am 8. Juli 1917 wurde anlässlich des hundertjährigen Bestehens der Bonner Universität eine „Gesellschaft von Freunden und Förderern der rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, c. B.“ gegründet. Nach ihren Satzungen will die Gesellschaft „durch dauernde Mitarbeit und finanzielle Beiträge zur Erhaltung neuer oder zur Verbesserung bestehender Institute und Einrichtungen der Universität sowie zur Förderung wissenschaftlicher Arbeit beitragen.“ Mitglieder können alle Personen oder Organisationen werden, die einen Beitrag von mindestens 1000 Mark geleistet haben. Ein Blick auf die Mitgliederliste zeigt, daß die rheinisch-westfälische Schwerindustrie hinter dieser Gründung steht. Ihr Vorsitzender ist der bekannte Geheimrat Duisberg, ein Teilnehmer der berühmten Adlon-Konferenz der Kaiserstürzer und schärfster Bekämpfer des Sozialismus; in den Verwaltungsrat wurden u. a. die Herren Geheimrat Bayer-Eberfeld (von den bekannten Farbenfabriken), Geheimrat Deussen-Dortmund (vom Phönix-Werk), Geheimrat Hagen-Göln (mit 38 Aufsichtsratsposten der Rhein der deutschen Aufsichtsräte), Generaldirektor Weimlich-Winningen, Freiherr von Guilleaume-Köln gewählt; ferner auch der Landrat von Grote-Bonn, der Vorsitzende der rheinischen Landwirtschaftskammer, dessen Name wiederholt unter anekdotischen Umständen zu lesen war. Bemerkenswert ist auch die Liste der bisherigen Zeichner: Farbenfabriken Friedrich Bayer u. Co., Leverkusen, 250 000 Mark, Geheimrat Duisberg, Leverkusen, 50 000 Mark, Geheimrat Bayer-Eberfeld 50 000 Mark, Geheimrat von Böttlinger-Kreisdorf 50 000 Mark, Geheimrat Kaiser-Eberfeld 10 000 Mark, Direktor Dr. Robert Schmidt-Eberfeld 10 000 Mark.

Zur Feier dieser Gründung fand eine Veranstaltung mit den Bonner Universitätsprofessoren statt, wobei u. a. auch der Unterstützung der Schwerindustrie gewählte Landtagsabgeordnete Dr. Wäumer eine Rede hielt. Diese „Neuorientierung“ gegenüber der „Voraussetzungen der Wissenschaft“ hat sich also so vollzogen, daß man über die Voraussetzungen nicht im Zweifel zu sein braucht.

Diese Voraussetzungen haben auch dazu geführt, daß kurz vor dem Kriege „zur Verbesserung des Nachrichtendienstes“ die Auslandsanzeigen-Gesellschaft m. b. H. in Berlin mit einem ur-

### Empfehlenswerte Bücher.

„Die Organisationen der Lithographen, Steindruck und verwandten Berufs“, befindet sich ein Geschichtsbuch, welches der Sekretär des Zentralarchivsekretariats in Berlin, Herrn Müller, im Auftrage des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufs verfaßt hat und von dem der erste Band vorliegt, welcher umfaßt: 1. Allgemeine Gewerkschaftsgeschichte, 2. Unsere Organisationen und Kämpfe bis zum Jahre 1891. Der Verfasser hat neben der Behandlung der Verbandsgeschichte den Hauptwert auf eine gründliche Untersuchung der allgemeinen Gewerkschaftsgeschichte gelegt und seine besonders von Meyer, Schmiede, Kulemann und Bringmann abweichende Meinung mit einem reichen Material begründet. Wie jeder Beruf nur ein Glied des Ganzen ist, kann er auch nur im Rahmen des Ganzen voll gemertet und richtig betrachtet werden. Von diesem Gedanken hat sich der Verfasser leiten lassen und so ist aus seiner Verhandlungsgeschichte zugleich eine allgemeine deutsche Gewerkschaftsgeschichte geworden. Der Verfasser hat Material auf Material gehäuft, so vielen wörtlichen Zitierungen jedoch so geschickt eingewoben, daß der Inhalt der Darstellung wenig gestört, die Anschaulichkeit und Uebersichtlichkeit aber außerordentlich geblieben wird. Wenn der zweite Band folgt, so ist der erste vergriffen — und daran ist kaum zu zweifeln — dann hat Herr Müller eine gute Arbeit geleistet die Anerkennung verdient. Das Buch kann nur empfohlen werden. Den Vertrieb hat die Vorwärtsbuchhandlung übernommen. Im Buchhandel beträgt der Preis 15 Mk. Es wäre aber wünschenswert wenn, besonders für Arbeiterbibliotheken, ein Vorzugspreis ermöglicht werden könnte.

„Die heutigen Gewerkschaften im Weltkriege“, befindet sich ein Buch von Paul Hübner, welches mehr hält, wie der Titel verspricht. Auf knapp 122 Seiten werden in 12 verschiedenen Abschnitten kurz und doch anschaulich folgende Kapitel behandelt: 1. Die Gewerkschaften vor dem Kriege, 2. Der Krieg und seine nächsten Wirkungen, 3. Die Fürsorge für die Kriegsveteranen, 4. Die Arbeitslosenfürsorge, 5. Die Kriegsgewerkschaften und Hinterbliebenenfürsorge, 6. Die Lebensmittelfürsorge, 7. Die Kriegswirtschaft, 8. Die Sozialpolitik im Kriege, 9. Das Hilfsdienstgesetz, 10. Die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften, 11. Der Parteistreit und die Gewerkschaften, 12. Die Gewerkschaften nach dem Kriege. Der Verfasser ist allgemein als tüchtiger Sammler bekannt, dem es versteht, Tatsachen an Tatsachen zu reihen und für sich reden zu lassen. Davon geben alle seine Schriften und auch das vorliegende

Buch Zeugnis. Auf denkbar engstem Raum hat er darin ein erstaunliches Tatsachenmaterial vom höchsten Wert zusammengetragen. Das ebenso inhalt- wie lehrreiche Buch sei allen empfohlen, die sich über Bergbau, Zusammenhänge, Einrichtungen, Kämpfe und Erregungen der Gewerkschaften vor dem Kriege, ihre Haltung, Tätigkeit und Erfolge während des Krieges und ihre Aufgaben und voraussichtlichen Kämpfe nach dem Kriege unterrichten wollen. Preis gebunden 2 Mk., kartoniert 1,50 Mk. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H. Berlin SW., Lindenstraße 114.

„Monopolfrage und Arbeiterklasse.“ Drei Abhandlungen von Heinrich Cunow, Otto Hue und Max Schippel. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Wilhelm Janßen. (Vorwärts-Verlag, Berlin. Broschüre 4 Mk., gebunden 5 Mk.) Die Monopolfrage wird nach dem Kriege brennend und darum ist dieses Buch besonders zeitgemäß. Es verdient auch, daß an dieser Stelle nochmals empfehlend darauf hingewiesen wird. — Cunow behandelt in anschaulicher Weise unter dem Titel: „Kartellmonopole“ Wesen, Entstehung und Entwicklung der deutschen Kartelle, der Interessengemeinschaften, der Verschmelzungen und nachgehenden Verstaatlichung. Er weist nach, daß die meisten Kartelle in Zeiten günstiger Konjunktur gegründet wurden, folglich schon keine Kinder der Not sind, wie vielfach angenommen und behauptet wird, sondern der Maß, daß die Kartellierung wie der Uebergang zur massenhaften Großindustrie eine wirtschaftsgeschichtliche Notwendigkeit ist, die der sozialistischen Wirtschaftsorganisation den Weg bereitet und ebnet. Nach der ganzen Wirtschaftsentwicklung könne die Frage, ob Privat- oder Staatsmonopole, nur im Sinne der letzteren entschieden werden, wenn man die hohen Gewinnergebnisse zur Deduktion der Staatsausgaben nutzbar machen zu können. — In es sachmännische Abhandlung über: „Die Verstaatlichung des Bergbaues“ enthält ein reiches, zur Beurteilung der Frage dienliches, sachliches und rechtliches Tatsachenmaterial. Er schätzt die jährlichen Gewinne des deutschen Bergbaues auf 800 bis 900 Millionen Mark und fordert entschieden, daß diese dauernden Einnahmen privater Nutzung entzogen und der Allgemeinheit zugunsten werden sollen. Die Bergwerksfelder seien staatsrechtlich nur verliehen, eine Enteignung würde also lediglich die Wiederinbesitznahme des Nationalvermögens durch den Staat bedeuten. Eine jährliche rechtliche und andere Gründe an die auch gelehrt werden vom Bergrechtlicher Professor Lindt, Professor Dr. A. Wagner, Geh. Oberbergamts-Rat, Staatsrechtlicher Professor Dr. Raband u. a. Die Abänderungsummen dürfen nicht scheitern, diese müßten sich

aber auf die den Betreibern der Bergwerke tatsächlich entstandenen Anfechtungen beschränken. Die Schwächen seien von den Stärken zur Aufgabe ihrer Existenz gegunnen werden und diese dürften sich daher nicht beklagen, wenn sie von einem noch Stärkeren ebenso behandelt würden. Sue hat dem Verstaatlichungsgedanken mit seiner gründlichen Arbeit einen guten Dienst geleistet. — Schippel befragt in der dritten Abhandlung: „Kartellistische Mischkette“ die bisherige Stellung der Sozialisten in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Frankreich zur Frage der Staatsmonopole. Es ist recht interessant, zu verfolgen, wie die frühere grundsätzliche Ablehnung des Staatssozialismus allmählich einer anderen Auffassung weichen mußte. Wer lernen will, wie das Unternehmen sich unter dem Druck der Verhältnisse vollzogen ist, den sei diese Abhandlung zu eifrigem Studium empfohlen. Sehr richtig jagt dann auch Schippel zum Schluß: „Was man dem Staat auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des Wirtschaftens, und Staatslebens mit Recht übertrage, kann man ihm auf einer höheren Stufe und unter bestimmten Voraussetzungen mit noch besseren Rechte selbst übertragen.“ — In es in schließlich das Buch mit einem Nachwort: „Für und wider die Monopole.“ Während theoretisch für und gegen das Staatsmonopol gekämpft wurde, habe sich das Privatmonopol auf Grund freier Vereinbarung mit Erwerbsbüchern zurückgesetzt. Da nach dem Kriege noch eine Beschleunigung dieser Entwicklung zu erwarten sei, habe die Arbeiterklasse die gesetzliche Regelung und die schließliche Verstaatlichung zu fordern. Dabei seien zu fordern: Demokratisierung der Arbeiterverhältnisse, Schaffung von Tarifverträgen, Abschaffung des Koalitionsrechts, paritätische Arbeitsvermittlung, Teilnahme der Arbeiter und Angehörten an der Monopolverwaltung. Es bietet das Buch viel beachtens- und interessantes und kann allen empfohlen werden, die sich über die behandelten Fragen unterrichten wollen.

„Wie? oder Was?“ Leitfaden zum Gebrauch der Fremdwörter, Lehr- und Übungsbuch für den Selbstunterricht von H. Ernst. Wer die Fremdwörter mit oder ohne, die oder Dich, Ihnen oder Sie, ihm oder ihn, dem oder den usw. falsch anwendet, oder überhaupt den dritten und vierten Fall verwechselt, steht mit der deutschen Sprache auf dem Kriegsfuß und sollte sich dieses verhältnismäßig billige Buch beschaffen. Es bietet in gedruckter, leicht fasslicher, übersichtlicher Form was notwendig ist, um richtig schreiben und sprechen zu lernen, und eignet sich zum Selbstunterricht. Verlag L. Schwarz & Comp. Berlin W. 14, Dresdenerstraße 80, Preis 1,25 Mk.

springlichen Kapital von 200 000 Mark gegründet wurde. Das Kapital ist inzwischen auf eine Million Mark erhöht worden. Auslandszweck soll eine im April 1914 in Essen gegründete Auslandsanzeigen-Gesellschaft m. b. H. dienen. Nach der sog. „Münchener Post“ gehören zu der Essener Gesellschaft außer Krupp u. a. der Bochumer Verein, der Wülheimer Bezirksverein, die Kommerzienräte Höpfling, Kensch, Klöcker, Kirbörj und Humann, alle Aufsichtsratsmitglieder des Stahlwerksverbandes, Hugo Stinnes, Dr. Springorum, die Maximilianshütte in Koblenz (Oberpfalz), die Maschinenfabrik Augsburg, Gesellschaft von Gebr. Stumm, Neunkirchen, und die Stumm-Halberg-Gesellschaft „Halberger Hütte“. Von den 44 Gesellschaften, und das ist bemerkenswert, werden nicht weniger als 22 durch den Finanzrat Hugenberg von der Firma Krupp in Essen vertreten, die damit 83 Prozent der Stimmen besitzt.

Die Essener Auslandsanzeigen-Gesellschaft ist wieder an der Berliner Auslandsanzeigen-Gesellschaft m. b. H. beteiligt, so daß auch hier Krupp eine entscheidende Rolle spielt. 150 große Unternehmen stehen der Berliner Gesellschaft schon zu Diensten. Mit diesen darunter: das Kohlenhandels, das Bankhaus Delbrück, Schäfer u. Co. in Berlin, Kathreiners Malzfabrikfabriken, den Schokoladen-Farotti, den Norddeutschen Lloyd und die Holland-Linie, Deutsch-Luxemburger Bergwerks- u. Hütten-Gesellschaft, Fr. Krupp, Geschichtsbücherei-V.-G., Gebr. Stollwerk und andere Schwerindustrie ersten Ranges. Das Bild würde nicht den deutschen Preßzuständen entsprechen, wenn nicht auch deutsche Zeitungsverleger sich in der Gesellschaft befänden. Es sind dies: die „Münchener Zeitung“, der Verlag N. B. Wachen, Köln („Kölnische Volkszeitung“), Zentrum, und die Deutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Voisen.

Als Zweck, den die an der Gesellschaft beteiligten Firmen verfolgen, ist die Sammlung von Zeitungsinserten im Auslande angegeben worden. Die Berliner Auslandsanzeigen-Gesellschaft m. b. H. hat aber in einem Rundschreiben an ihre Gesellschafter selbst Zeugnis für die ihr gesteckten Ziele abgelegt. Es heißt da zur Begründung der Tatsache, daß sie sich im Gegensatz zu ihrer Firmenbezeichnung auch mit der inländischen Anzeigenvermittlung in großem Maßstabe befaßt: „Ohne die breite Grundlage eines Inlandsgeschäftes... läßt sich ein geordnetes Auslandsgeschäft nicht entwickeln.“ Und an anderer Stelle: „... Nach den teuer erkauften Erfahrungen des Krieges will der deutsche Industrielle neben den geschäftlichen Gesichtspunkten... doch auch deutsch-nationale Gesichtspunkte bei der Vergabe seiner Inserate berücksichtigen. Er wird sich also... die Blätter, die ihm geeignet erscheinen, heranzuziehen.“

Nun haben viele Großindustrielle bereits vor einiger Zeit mit der Sammlung eines Fonds begonnen, der dazu verwendet werden soll, a) Deutsche Zeitungen und sonstige Druckschriften herauszugeben. Dem gleichen Zweck werden die beiden neuen Gesellschaften dienen. Wenn bei der Vergabe von Inseraten seitens der Großindustriellen das berücksichtigt werden soll, was die Herren „deutsch-nationale Gesichtspunkte“ nennen, so bedeutet das, daß sie von der im Leitartikel geäußerten Ueberzeugung die Aufgabe von Inseraten abhängig machen!

Ein großer Teil der bürgerlichen Presse Berlins ist bereits von der Schwerindustrie abhängig. Die Eisen- und Kohlenherren haben den „Vossischen“ und den „Tag“ gekauft, die August Scherl gehört. Da die „Unabhängigkeit“ der deutschen Presse zum großen Teil vom Anzeigenteil abhängig ist, so bietet der Anzeigenteil der einzelnen Blätter den besten Maßstab zur Beurteilung der Frage, wie weit ihre Abhängigkeit von der Schwerindustrie schon geht.

Die Essener Auslandsanzeigen-Gesellschaft, in der Krupp über 83 Prozent aller Stimmen verfügt, hat kürzlich die bisher fortschrittliche „Weiser-Zeitung“ in Bremen gekauft. Treffend bemerkt dazu der „Vorwärts“:

„Der Fall der „Weiserzeitung“, ein Fall in der doppelten Bedeutung des Wortes, sollte auf die ganze Öffentlichkeit, insbesondere auf jene Journalisten der bürgerlichen Presse, die nicht zu Soldschreibern kapitalistischer Truiss herabstinken wollen, wie ein Alarm signal wirken. Wenn das Volk nicht durch eine gefällige öffentliche Meinung verblüfft, und wenn der Arbeitsmarkt der bürgerlichen Journalisten nicht ebenfalls zum Massenmarkt werden soll, dann muß dieser unheilvollen Entwicklung Halt geboten werden. Die Presse empfindet heute förmlich den Druck der Zensur. Aber was die Zensur der Presse zünftig, sind doch nur vergänglichste Kleinigkeiten gegenüber der dauernden Gefahr, die der Pressefreiheit von Seiten des Großkapitals droht. Will die bürgerliche Presse das Amt einer unabhängigen Richter des öffentlichen Lebens nicht der sozialdemokratischen Presse allein überlassen, dann ist es die höchste Zeit, daß sie gegen die Essener Verstrickungsgelahr zur kräftigen Gegenwehr schreitet.“

Wo der Anzeigenteil die Ueberzeugung vorwärts, kann weder der Fall der „Weiserzeitung“ noch die Dienstformmachung von Parlament, Wissenschaft und Presse durch das Kapital wie ein Alarm signal wirken. Es wird im Gegenteil weiter gehen auf der abschüssigen Bahn, bis der Sumpf alles in seinen Strudel reißt. Wo wir da schon stehen, das haben besonders die Begleiterscheinungen des Krieges mit Deutlichkeit gezeigt.

**Entkruppung?** Nach einer Erklärung von Verlag und Redaktion der „Weiser-Zeitung“ vom 17. Juli wurde vom Verlag die gewünschte Offerte abgegeben, weil „deutlich zum Ausdruck gekommen war, daß nur eine Zeitung erworben und ausgebaut werden sollte.“ Als sich aber herausstellte, daß „andere Abfragen verfolgt wurden und anscheinlich sind“, sah sich der Verlag veranlaßt, „seine Offerte zurückzuziehen und die Erklärung anzufügen“, worüber „entweder eine gültige Ordnung oder der Prozeßweg entscheiden“ soll. Auf krummen Wegen wurde danach das Ziel zu erreichen gesucht. Das Bild wird dadurch nicht anziehender. An dem Tatbestand an sich ändert es auch nichts, ob nun die Verkrüppelung oder die Entkrüppelung gelingt.

## Gewerkschaftslehen.

Hierüber bringt das Organ des Schweiz. Metall- u. Eisenarbeiterverbandes, die „Schweizerische Metallarbeiter-Ztg.“ (Nr. 26 vom 30. Juni 1917) einen beachtenswerten Artikel, dem wir entnehmen:

„Dem eifrigen, überzeugten und treuen Gewerkschafter drängt sich immer wieder die Frage auf: Warum bleibt die große Masse der Arbeiterschaft der Gewerkschaft fern? Etwas Ueberflüssiges oder gar ein multivilliger Luxus sind die Gewerkschaften nicht, sonst würden ihnen nicht vor dem Kriege in allen fünf Erdteilen 10 Millionen Arbeiter als Mitglieder angehört haben. Ohne weiteres darf auch gesagt werden, daß es nicht etwa geistig und beruflich minderwertige Arbeiter sind, die den Gewerkschaften angehören und auf der anderen Seite die „Blüte der Arbeiterschaft“ die Armee der Unorganisierten bildet.“

Es ist heute auch keine offene und grauthoretische Frage mehr, ob die Gewerkschaft notwendig und nützlich ist. Die Tatsache der Existenz von tausenden von Gewerkschaften mit Millionen Mitgliedern, die auch jetzt noch da sind, trotz drei Kriegsjahren, beweist, daß sie notwendig und nützlich sind. Die Gewerkschaft ist auch nicht nur für die Arbeiter der einen oder der anderen Industrie, nicht nur für die männlichen Proletariat oder

bloß für die Erwachsenen und auch nicht nur für die deutschen und französischen Arbeiter, sondern die Gewerkschaft ist für die gesamte Arbeiterschaft ohne jeden Unterschied notwendig und nützlich.

Warum ist also die große Masse der Arbeiter nicht in den Gewerkschaften? Aus Scheu vor der Gewerkschaft! Diese Scheu hat in der großen Zahl der Fälle gewiß ihre verschiedenen Ursachen, aber sie ist immer vorhanden. Manche Arbeiter und Arbeiterinnen scheuen sich, in eine Versammlung zu gehen; ein Teil von ihnen hat sogar eine starke Abneigung gegen den Besuch einer Versammlung. Es handelt sich dabei um Unverständnis, um Unreife und soziale Einsichtlosigkeit, die die Versammlungs- und Gewerkschaftslehen verurursachen.

In andern Fällen ist sie verursacht von der Sorge um die Erhaltung der Existenz, die manche Arbeiter gefährdet glauben, wenn sie in die Versammlung und in die Gewerkschaft gehen, weil der „Arbeitgeber“ beides nicht gerne sieht. Erfolgt auch nicht gleich die Entlassung als Maßregelung, so vielleicht „Strafe“ in Form von Schikanen mit schlechter Arbeit, geringerem Akkord, verbietet, schlechter Behandlung usw. Der gleiche „Arbeitgeber“ ist aber Mitglied seiner Unternehmerorganisation und besüßigt deren Versammlungen, was auch seine organisierten und unorganisierten Arbeiter wissen. Und indem der „Herr“ organisiert ist, gleichzeitig aber die Gewerkschaft nicht gerne sieht, beweist er selbst demonitativ, wie sehr er den hohen Wert der Organisation für sich, die große Bedeutung und wertvolle Nützlichkeit der Gewerkschaft für die Arbeiter zu schätzen weiß. Uebrigens ist die Zahl der Unternehmer, die ihren Arbeitern etwa den Beitritt zur Gewerkschaft verbieten oder sie deswegen schikanieren und maßregeln, immer kleiner geworden. Nur noch die sozial rückständigsten Träger und Vertreter eines überlebten und unhaltbar gewordenen Fabrikdespotismus stehen so tief und vergeblich das Koalitionsrecht der Arbeiter. Dieser kapitalistische Despotismus und Terrorismus kann aber nicht dadurch bejeitigt werden, daß man sich ihm willenlos und widerstandslos fügt, sondern, daß sich die Arbeiter dagegen mannhaft auflehnen und ihn überwinden.

Bei manchen Arbeitern ist ein völliger Mangel an Mut vorhanden, sie sind nicht selbständig und haben keine Selbstbestimmung. Sie sind Anarchisten, Indultsklaven statt Industriebürger, und sie unterwerfen sich unbedeutend und stillschweigend dem selbstherrlichen Diktum des bekannten Regensburger Bischofs von Heule: „Wer Anecht ist, soll Anecht bleiben!“ Alle ihre Empfindungen vereinigen sich in der Scheu vor der Gewerkschaft.

Manche von den Gewerkschaftslehen hängen davor, daß in der Gewerkschaftsversammlung an ihrem „Arbeitgeber“ Kritik geübt, daß Forderungen aufgestellt werden, daß es zu Lohnbewegungen, zu Streiks und Ausperrungen kommen könnte und sie dann dabei gelassen wären, dafür also mitverantwortlich zu machen würden. Sie wollen aber bei der Herrschaft lieb Kind sein, „besser“ als die andern, die in die Gewerkschaft und die Versammlungen gehen, und sie verneinen dabei auch, vorteilhafter wegzukommen, indem sie der Herr mit schönerer und leichter und besser bezahlter Arbeit begünstigt und ihnen vielleicht dann und wann auch eine „Wohlfahrt“ in irgendeiner Form zukommen läßt. Es ist das zwar eine nach jeder Seite hin erbärmliche Rolle, die die Gewerkschaftslehen spielen; aber sie sind sich deren entweder nicht bewußt oder aber moralisch und sozial so a k a s t u m p f t, daß sie sich ohne Bedenken darüber hinwegsetzen. „A bah!“

Die Hauptursache der Gewerkschaftslehen ist das Vertrauensmangel. Wenn die Unorganisierten alle Mitglieder der Gewerkschaften ohne Pflichten, also auch ohne Beitragszahlung, aber mit allen Rechten sein könnten, dann würden sie kommen trotz des Anechtstums und der Speicheldeckerei vor dem Herrn, trotz aller Feigheit und moralischen Verleumdung, an der manche Unorganisierte leiden.

Viele gewerkschaftlich Unorganisierte sind Mitglieder in andern Vereinen, Sport- und Vergnügungsvereinen, in denen sie aber auch Beiträge zahlen und für Veranstaltungen Geld ausgeben müssen, mit dem sie leicht ihre Gewerkschaftsbeiträge bezahlen könnten. Aber für diese haben sie kein Geld übrig, worin wieder die Gewerkschaftslehen sich offenbart.

So groß die Gewerkschaftslehen der Unorganisierten ist, vor den Errungenschaften der gleichen Gewerkschaften haben sie keine Scheu. Da sind sie keine Individualisten, im Gegenteil! Da sind sie nicht mehr mit dem Herrn solidarisch, sondern mit den Arbeitern, und selbst der Streikbrecher will Anteil haben an den gewerkschaftlichen Errungenschaften, die er erst durch seinen unsolidarischen Streikbruch zu verhindern bemüht war!

Als die Unorganisierten sind im stillen mit der Wirksamkeit der Gewerkschaften für bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse immer einverstanden; nur direkt wollen sie damit nichts zu tun haben, um sich nicht vor dem „Arbeitgeber“ zu kompromittieren und nicht um den „guten Ruf“ eines braven und zufriedenen Arbeiters zu kommen, der „nicht so ist“ wie die andern, die bösen Gewerkschafter, die mit ihrer ewigen Unzufriedenheit und Begehrligkeit dem Herrn das Leben sauer machen und die großen Profite wemöglichst kleiner. Es gibt aber auch Unorganisierte, die von bekannten organisierten Nebenarbeitern offen das Vorgehen der Gewerkschaft für Lohnherabsetzung, Arbeitszeitverlängerung, Beseitigung von Mißständen aller Art fordern und die wie Mohrspannen auf die Gewerkschaft schimpfen, wenn sie den Wunsch nicht erfüllt. „Wozu nützt uns die Gewerkschaft, wenn sie nicht hilft?“ sagen die Unorganisierten, die die notwendige und wertvolle Hilfe von den andern haben wollen, die in der Gewerkschaft sind und ihre Pflichten erfüllen.

Mit diesen unsolidarischen Arbeiterelementen hat sich vor 53 Jahren schon der große deutsche sozialdemokratische Arbeiteragitor Ferdinand Lassalle beschäftigt, und er rief ihnen zu:

„Boher kommt es denn aber, daß ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit euren Sympathien begleitet, daß ihr noch nicht eingezogene Mitglieder seid? O, ich kenne den allbekanntesten Grund dieser Erscheinung wohl! Man hat sich Beifall, Sympathie, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die aber mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage euch: Ist das ein männliches, ist das ein eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit lebet und da ernten will, wo er nicht gesät hat? ... Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit lebet und da erntet, wo ihr nicht gesät, euch, die ihr nicht mit Beifall begleitet, euch ermahne ich zur Scham!“

Diese kraftvollen und entwürdeten Worte sind in der politischen Agitation gesprochen worden, sie gelten aber auch für die gewerkschaftliche Agitation, und sie sind noch immer so zutreffend, als ob sie überhaupt erst heute gemünzt worden wären. Sie sind ein scharfer, anklagender und verurteilender Spiegel für die Unorganisierten, für alle Schmarotzer, die aber aus ihrem Sumpfe durch die Gewerkschaft befreit werden müssen.

Wir kennen die Gewerkschaftslehen, die man als ein böswartiges Geschwür am Körper der gesamten Arbeiterschaft bezeichnen könnte. Wie gegen solche Geschwüre der Arzt mit seinem operativen Eingriff kommt, so muß der Gewerkschafter gegen die Gewerkschaftslehen der Unorganisierten erst mit der angenehmen Medizin der freundschaftlichen Ueberredung und Ueberzeugung kom-

men, und, wenn diese nicht hilft, mit den verfügbaren stärkern Mitteln, um das Uebel zu beseitigen.

Alle Gewerkschafter müssen auf der ganzen Linie in der Parole einig sein und danach handeln: Wir wollen keine Unorganisierten mehr!

## Nachrichten aus der Montanindustrie.

### Wieder ein „dividendenloses“ Unternehmen.

Das Thyssen'sche Stahlwerk in Sayendingen (Vohringen) machte 1915 einen Bruttogewinn von 12 905 648 Mk., im Vorjahre waren es 9 420 101 Mark. Nachdem Zinsen, Provisionen, allgemeine Lasten, Kriegsunterstützung, Steuern usw. in Abzug gebracht waren, verblieben noch 8 047 857 Mark Ueberschuß, gegen 4 664 838 Mark im Vorjahre. Der ganze Ueberschuß ist dann (wie 1915) zu Abschreibungen verwandt worden! Infolgedessen wird die Aktien-Gesellschaft Stahlwerk Sayendingen später in der Dividendenstatistik als „dividendenloses“ Unternehmen erscheinen, vielleicht auch als „Material gegen die unerträglichen Arbeiterforderungen“ Verwendung finden bei den diversen antilichen Stellen.

### Die Bergbau-Aktiengesellschaft Julius

teilt uns berichtend mit, daß ihr Betriebs- resp. Rohgewinn nicht, wie in Nr. 27 der „Bergarbeiter-Ztg.“ angegeben wurde, im Jahre 1915 1 048 204 Mark, sondern rund 250 000 Mark, und im Jahre 1916 nicht 1 560 022 Mark, sondern rund 810 000 Mark betrug. Der Herr Direktor Niebeckelner wendet sich an die falsche Adresse. Er hätte sich an die „Roh-Werks-Ztg.“ wenden sollen, welche am 11. Juni 1917 über Julius berichtete: „Das Geschäftsjahr 1916 erbrachte 1 560 022 Mk. (i. V. 1 048 204 Mk.).“ Weiter sollte er sich die Geschäftsberichte seiner Gesellschaft einmal ansehen, wo diese Summen unter „Gewinn- und Verlustrechnung“ nach dem Gewinnvortrag unter „Haben“ ausgeführt und mit diesem summiert sind. Das Versehen der „Rhein-Werks-Ztg.“ erklärt sich also aus diesen nicht übermäßig klaren Geschäftsberichten. Uns trifft keine Schuld, da uns diese Geschäftsberichte nicht einmal vorlagen und erst nachträglich übersandt wurden. Uebrigens wird das von uns in Nr. 27 der „Bergarb.-Ztg.“ zusammengestellte Gewinnergebnis von 43 Kaliverten dadurch fast gar nicht beeinträchtigt.

### Der Krieg ein gutes Geschäft für die Amerikaner.

Der Korrespondent der vereinigten Petersburger Presse erklärt durch Telegramm, daß die Grubenkommission im Handelsministerium beschloß, die Erlaubnis zu fordern, an amerikanische Kapitalisten eine große Zahl russischer Gruben zur Ausbeute zu übergeben.

Molotkin, Direktor des Wäsendepartements, hat der Kommission ein Programm unterbreitet, enthaltend die Konzession für die Insel Sachalin an amerikanische Unternehmer zur Ausbeutung der dortigen Kohlen- und Petroleumfelder. Dieses Programm sieht zugleich die Erkaufung von, an amerikanische Industrielle die meisten Grubengebiete Sibiriens zu überlassen, ferner die Goldgruben des Ural, die Kupferminen des Kaukasus und die Eisenbahnen des Ural zu übergeben.

Die Kommission ist für Annahme des Programms, wenn sich die amerikanisch-konzessionsvereinbarungen bereit erklären, soweit als nur möglich, russische Arbeitskräfte und Ingenieure zu beschäftigen.

Die Insel Sachalin hat eine Länge von 917 Kilometern und eine Breite von 14—27 Kilometern. Sie gehört zur Hälfte Rußland, zur Hälfte Japan.

Aus diesen Nachrichten sieht man, wie es die smarten Amerikaner verstehen, die Kriegskonjunktur auszunutzen. Die Japaner werden über die amerikanische Nachbarschaft nicht sehr erbaut sein und wer weiß, welche Konflikte durch das Eindringen der Amerikaner in Sachalin noch heraufbeschworen werden.

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

### Eingabe der Gewerkschaften zur Kohlenversorgung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat am 6. Juli an das Reichsamt des Innern eine neue außerordentlich scharfe Eingabe in Sachen der Kohlenversorgung für den Winter gerichtet. Wenn nicht bald für möglichst gleichmäßige Einschränkung des Verbrauchs und gleichmäßige Versorgung, besonders für Hausbrandzwecke, gesorgt werde, müßten sich die Schwierigkeiten von Tag zu Tag steigern und im Winter zu ganz unerträglichen Zuständen führen.

Der volle Bedarf werde auch dann nicht gedeckt werden können, wenn mehr Arbeitskräfte für die Steigerung der Produktion bereitgestellt würden. Zu der Bevölkerung herrsche große Sorge und noch größere Erbitterung und Unzufriedenheit darüber, daß die Familien, die große Kohlenmengen zu beziehen pflegten und lagern konnten, jetzt voll bedrückt werden, während die anderen schon jetzt damit rechnen müssen, im Winter nur mit den größten Schwierigkeiten, durch Anstellung vor den Geschäften ein paar Preßkohlen zu bekommen. Es sei unbegreiflich, warum die gerade bei Kohlen so einfache Rationierung nicht längst angeordnet sei. Das Unerhörte der Kriegswirtschaft, daß man auf die Wünsche und Bedürfnisse der großen Masse der Bevölkerung keine Rücksicht nähme, trete hier wieder recht kraß in die Erscheinung. Zur Rationierung werde immer erst gezwungen, wenn die besser benutzten Bevölkerungsteile sich genügend mit Vorräten versehen hätten. Nachher veranlasse man dann eine Umfrage über die vorhandenen Vorräte und lege dadurch das Verbrechen und ungläubliche Nachlässigkeit in der Regelung der Hauptgegenstände des täglichen Bedarfs nur herbei. Die Eingabe fällt das strenge Urteil: „Es ist, als ob die Regierung aus allen Erfahrungen in der Kriegswirtschaft nichts gelernt hat und achtlos vorübergeht an allen Erscheinungen, die zur schweren Unzufriedenheit in unserer Bevölkerung Anlaß geben, und nur den besitzenden Schichten das Auskommen und Ausfallen möglich machen.“

Neben der Rationierung durch die Kohlenkarte, die seit der Ueberzeugung der Eingabe bekanntlich allmählich in die Wege geleitet zu werden beginnt, erklärt die Generalkommission es für erforderlich, daß die Ersparnis an Heizmaterial und der Verbrauch zu Leuchtzwecken sofort geregelt werden. Ueberall müsse die durchgehende Arbeitszeit eingeführt und ein frühzeitiger Betriebschluß angeordnet werden, vor allem in den Kontoren, Büreaus und Engros-Geschäften. Die Arbeitszeit müsse möglichst zusammengebrängt und die Tageszeit ausgenutzt werden. Zum Schluß weist die Eingabe nochmal nachdrücklich auf den Ernst dieser Frage und der Kriegszustände überhaupt hin; sie gipfelt in den Worten:

„Wir lehnen jede Verantwortung ab für die Zustände, die sich im Winter entwickeln müssen, wenn durch die Nachlässigkeit der Behörden ein Zustand in der Kohlenversorgung eintritt, dem die Geduld der Bevölkerung nicht mehr standhalten kann.“

Die Behörden setzen sich ja langsam in Bewegung, Besordnungen über die Ersparrung und gleichmäßige Verteilung der Kohle auszuarbeiten. Sie sollen sich aber klar darüber sein, daß mit größter Schnelligkeit und Energie durchgegriffen werden muß, wenn nicht ganz unerträgliche Zustände sich herausbilden sollen.

## Knappschäftliches.

### Vorhandenheit des Bochumer Knappschäftvereins v. 12. Juli.

Es wurde mitgeteilt und beschlossen, daß zwischen Eisen und Steele ein Gelände für den Bau eines Krankenhauses gekauft wird, und zwar zu dem Preise von 7000 Mark pro Morgen, soweit das Gelände in Frage kommt, das übrige Gelände kommt auf 5000 Mark pro Morgen zu stehen.

Da das Zahlbureau in Duer zu klein ist und ein Umbau unbedingt vorgenommen werden muß, soll das Gebäude zugleich mit den 100 neuen Gartenland käuflich erworben werden. Bei dem Umbau werden zwei Wohnungen für Beamte eingerichtet.

Der Kreis Bochum hat zu Geldzwecken für tuberkulöse Kinder eine namhafte Summe ausgeworfen. Da unter den in Betracht kommenden Kindern ein großer Prozentsatz solcher von Bergarbeitern, also Mitglieder sind, werden dem Kreis Bochum aus der Kassenabteilung 30 000 Mark zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt.

Dr. Madelst, langjähriger Assistenzarzt in Krankenhäusern und im Bergmannsheil wird für seine Dienstzeit das pensionsfähige Dienstalter angerechnet.

Auf Anfrage erklärt Herr Direktor Meynen, daß in Fällen, wo die Versorgung von Milch für kranke Mitglieder notwendig ist, diese als

Weghin verordnet und vom Verein bezahlt werde. Es wäre angebracht, wenn der Knappschaftsverein durch Mundschreiben dieses dem Verein bekannt machen würde; denn in letzter Zeit sind sehr viele Beschwerden eingelaufen, daß sich die Ärzte für Verweisung von Stärkungsmitteln 1-2 Mk. von den Knappschaftsmitgliedern extra zahlen lassen. In dieser Hinsicht sind wir doch die Herren Knappschaftsärzte mit ihrem Honorar zufrieden sein und ist es nicht nötig, freizeuernden Bergarbeiter noch 1-2 Mark abzunehmen, wenn sie ein paar Worte schreiben, auf daß diese Stärkungsmittel ausbezahlt erhalten.

Auf eine bessere Antrags-Verfahren erklärte Herr Direktor Wehmer, daß Bergarbeiter, die aus dem Felde kommen und innerhalb zwei Monaten die Arbeit wieder aufnehmen, anstandslos angelegt werden sollen, ohne sich von der Krankenversicherungspflicht befreien zu lassen. Die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht ist überhaupt ein Unheil, das je eher je besser durch Reichsgesetzgebung abgeschafft werden sollte. Es ist ein Unheil und zugleich eine harte Strafe, Leute, die doch arbeiten können und auch zur Arbeit angenommen werden, gezwungen zu werden, sich von der Krankenversicherungspflicht befreien zu lassen. Den Schaden von dieser Befreiung haben die Gemeinderäte, den Nutzen die Herren Unternehmer, die dadurch den auf sie fallenden Beitrag zur Krankenkasse sparen.

Als Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Bestimmung über die dreijährige Wartzeit wird der 1. August 1914 festgesetzt. Auch der Saarbrücker und der Mandelfelder Knappschaftsvereine, sowie die meisten kleineren Knappschaftsvereine haben während des Krieges die dreijährige Wartzeit angenommen. Hierbei muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß, wo Beiträge bereits erlassen sind, ein Antrag durch die Vertreter gestellt werden muß, und werden dann die erlassenen Beiträge auf die zu zahlende Rente angerechnet. Die Vertreter müssen in ihrem Sprangel die in Frage kommenden Personen, welche die Beiträge zurückverfallen, aber jetzt Anspruch auf Rente haben, darauf aufmerksam machen und für sie die Anträge einreichen.

Auf Antrag des Knappschaftsarztes, Sanitätsrat Dr. Zuch in Volken, dessen Bezirk nur 184 Knappschaftsmitglieder hat, die in der Bezirkshaus 7-12 Kilometer entfernt wohnen, erhält dieser auf Grund der Schwerkraft der Versorgung das erhöhte Honorar von 7 Mark, zumal er von der Pensionsverwaltung nur geringen Vorposten erhalten kann.

Da die Knappschaftsämter des Hammer Bezirks mit Rücksicht auf die Entfernung des Zahlbezirksbureaus in Kamer die Errichtung eines solchen in Hamm beantragt, wird beschlossen, das Zahlbezirksbureau in Kamer zu belassen und neue Bureaus in Hamm und Lünen zu bilden.

Den Anträgen auf Befreiung von der Krankenversicherungspflicht von 182 Neuangetretenen wird zugestimmt, ferner für 69 aus gewöhnlichen Ursachen, bei 26 Unfällen und 18 Reichsinvaliden.

Den vorliegenden Anträgen auf nachträgliche Annahme von Krankenversicherungsbeiträgen, Wiedererhebung der verlorenen Invalidität, Abstandsnahme von dem Eintritte der Verjährung und Wiederherstellung erhobener Beiträge wird zugestimmt.

### Mikthände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Braßler. Der Steiger Iffendorff hat hier einen 18jährigen Schläpper mit der Meterlatte so verhandelt, daß dieser krank feiern mußte. Der Vater des jungen Mannes will Anzeige erlassen. Offenheit ist es schon gewesen. Und wird der Beweis an Gerichtsstelle erbracht, muß erwartet werden, daß dem Beamteten entsprechend der Befugnis des Ministers Dr. Seydow die Beamtenqualifikation entzogen wird. In der letzten Belegschaftsversammlung teilte der Arbeiterausschuß mit, daß der Durchschnittslohn für eigentliche Bergarbeiter etwa 10,50 Mk. pro Schicht betragen soll. Nun hat aber eine Erhebung ergeben, daß der Durchschnittslohn im

Januar für 42 Hauer 352,95 Mk. oder 8,40 Mk.,  
Februar für 44 Hauer 368,06 Mk. oder 8,36 Mk.,  
März für 46 Hauer 410,41 Mk. oder 8,92 Mk.,  
April für 44 Hauer 385,20 Mk. oder 8,75 Mk.  
pro Schicht betrug. Es betrug ferner pro Schicht im

Januar der Höchstlohn 10,40 Mk., der Mindestlohn 7,16 Mk.,  
Februar der Höchstlohn 12,80 Mk., der Mindestlohn 6,20 Mk.,  
März der Höchstlohn 11,80 Mk., der Mindestlohn 6,30 Mk.,  
April der Höchstlohn 11,80 Mk., der Mindestlohn 6,40 Mk.

Diese Angaben lassen doch auf ganz unerkennbare Lohnverhältnisse schließen und es ist zu verstehen, wenn die Erbitterung der betroffenen Arbeiter immer größer wird.

Zeche Graf Renth. Am 14. Juli begann man hier morgens um 1/2 Uhr einen großen Kessel herunterzuschaffen, obwohl um 5 1/2 Uhr die Seilfahrt beginnen soll und bis dahin der Transport noch nicht erledigt sein konnte. Den arbeitenden Leuten, die sich zum großen Teil schon auf der achten Sohle eingefunden hatten, wurde gesagt, daß sie zur nächsten Sohleklettern müßten. Darin liegt eine große Rücksichtslosigkeit. Entweder hätte man den Transport eher beginnen, oder die Leute so früh herunterbringen müssen, daß sie von ihrer Arbeit aus zur nächsten Sohleklettern konnten. Auch mit der Mülligkeit bei der Seilfahrt hapert es immer noch, obwohl wir schon an dieser Stelle darauf hingewiesen. Ist es denn so schwer Rücksicht zu üben und Ordnung zu halten?

Zeche Nordstern III/VI. Bei der Einfahrt wird hier sehr auf Mülligkeit gehalten, aber nicht bei der Ausfahrt; da sind in der Regel nur zwei Anschläger auf der Hängebahn, so daß der Korb umgekehrt werden muß, und die Ausfahrt verlängert wird. Warum wird nicht auch da auf Mülligkeit gehalten? Sehr wenig angebracht ist auch die Art, wie versucht wird, die Arbeiter zu Überstunden zu veranlassen. Einem jugendlichen Arbeiter wurde gesagt, daß er mit entsprechendem Lohnabzug über Tage verlegt würde, wenn er die Überstunden am 10. Juli nicht verfährt; zu einem Bekannten sagte der Betriebsführer am 13. Juli: „Warum fahren Sie denn heraus, Sie sind doch von der Zeche zur Arbeit rekonvalesziert?“ Die Behörde können, wenn sie vorzeitig ausfahren, keinen Schaden erhalten, um in der Menge zu essen. Warum wird der überhandnehmenden Fabel bei der Lohnzahlung nicht gesteuert? Warum müssen die Arbeiter bis zu drei Monaten warten, bis sie ihre Bezüge erhalten können? Warum müssen die Arbeiter bei der Ausfahrt am Füllort leere und volle Wagen übersteigen? Warum werden diese Unbilligkeiten nicht abgestellt, ohne daß wir an dieser Stelle darauf aufmerksam machen müssen?

### Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Greifath. Obwohl die Ausschussmitglieder hier wiederholt oortrefflich wurden, damit Arbeitervertreter bei der Verteilung der Lebensmittel zugezogen werden sollten, ist es bis heute nicht geschehen. Trotz der Anweisungen des Kriegsausschusses geht die Verwaltung ihren eigenen Weg. Mit Anweisungen, Gesetzen und Verordnungen ist es allein nicht getan, es muß auch eine Macht dahinter stehen, welche die Durchführung eventuell erzwingt. Das zeigt sich hier. Diese Macht können die Arbeiter bilden, wenn sie organisiert wären. Arbeiterfrauen, welche die Lebensmittel tagsüber holen wollten, werden vom Magazinarbeiter angehalten: „Holt Euch Eure Sch... abends“. Beamte und ihre Frauen erhalten dagegen die Lebensmittel zu jeder Zeit. Die Arbeiter sind auch der Ansicht, daß die Verteilung keine gleiche ist und werden darin bestärkt durch die Tatsache, daß Arbeitervertreter trotz allen Drängens durch den Ausschuss nicht zugezogen werden. Lieber die Umgestaltungen des Vorarbeiters in der Werkstätte auf dem Abräumen werden viele Klagen geführt, so daß eine Klappprüfung unbedingt notwendig erscheint. In der Werkstätte sowohl wie auf dem Abräumen werden viel zu hohe Anforderungen an die Arbeiter gestellt. Es hat alles seine Grenze, die ungefragt nicht überschritten werden darf. Das sollten die verantwortlichen Stellen bedenken und danach handeln.

### Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Grube Elisabeth. Wie es Kriegsbeschädigten ergeht, zeigt der Fall des Arbeiters M. vom hiesigen Ort. M. ist seit seiner Entlassung auf dem Felde beschäftigt. 1912 wurde er zum Militär eingezogen und machte fast drei Jahre das Völlering mit. Im Krieg wurde er mehrfach, sogar schwer, verwundet und hat das Schicksal eines Ochs erlitten. Dafür bezieht er eine Militärrente von monatlich 27 Mark. Für seine Tätigkeit wurde er mit dem eisernen Kreuz ausgezeichnet. Auf Recommendation des Wertes kam er zurück und verrichtet wieder Bergwerksarbeit. Während das Wert seinen Mitarbeitern, die die gleiche Arbeit verrichten, die Schicht mit 6,50 Mark bezahlt, bekommt er nur 5,40 Mark. Dieserhalb wurde er beim Obersteiger Schmitt vorzeitig und erwiderte ihm den selben Lohn wie die andern. Der Obersteiger erklärte ihm, wenn er die Wagen nebenbei anlassen wolle, - diese Arbeit verrichtet eine Frau, der man einen Schichtlohn von 3,30 Mark zahlt -, so wolle er ihm 6,30 Mark zahlen. Das mußte M. ablehnen,

da er dazu nicht instande sei und diese Arbeit von den andern auch nicht verlangt wird. Da nicht zugelegt wurde, kündigte er. Der Obersteiger sagte ihm: „Die Papiere können Sie erhalten, aber den Kriegsschein bekommen Sie nicht.“ Schon wiederholt hatte Obersteiger Schmitt dem Arbeiter Redensarten wie: „Sie sind fauler als die Russen“ an den Kopf geworfen. M. ging zum Inspektor Münnberg, welcher ebenfalls eine Zeit lang als Sanitätsunteroffizier im Felde war. Da kam er schon an. M. schenkte ihm ins Gesicht: „Wenn Sie die Arbeit nicht verrichten können, dann lassen Sie sich vom Staat bezahlen; die Sozialdemokraten sind unsere größten Feinde.“ Und dazu regnet man alle Arbeiter, die einen gerechten Lohn fordern. Wer glaubt, der Krieg habe in dieser Beziehung etwas geändert, oder wer gar Dank erwartet, der ist schief gewickelt.

### Süddeutschland.

Grube Mittelberghaus. Bei der Ausgabe der Lebensmittel müssen hier die meisten Leute manchmal noch bis 3 1/2, ja sogar bis 4 Uhr warten. Ist es denn wirklich notwendig, daß die Kräfte auf diese Weise unnütz vergeudet werden? Warum wird mit der Ausgabe nicht früher begonnen? Ebenso ist es mit der Lohnauszahlung. Auch da dauert es viel zu lange. Warum können nicht zwei Beamte ausdienen? Wenn man an die Arbeiter Anfordernungen stellt, soll man auch selbst die erforderliche Mühe leisten. Wenn Bedingemachen hält der Obersteiger Worte Leuten, die etwas mehr haben wollen, entgegen: „Seid nur zufrieden, ihr seid doch zu Hause und die anderen im Schützengraben.“ Und wo ist der Obersteiger dabei? Seit Oktober 1913 werden den Arbeitern die überschüssigen Pfennige wegen Kleingeldmangel nicht ausbezahlt. Wer z. B. 110,08 Mk. verdient hat, erhält nur 110 Mk., die 08 Pf. gelangen nicht zur Auszahlung. Wo aber bleibt dieses Geld? Es kommen doch ganz erhebliche Summen in Frage, die man den Arbeitern nicht ohne weiteres abhalten kann. Gestagt wird auch, daß die Kriegswalzen erheblich weniger verdienen und bei Beschwerden auf die Rente hingewiesen wird. Das ist eine allseitig anerkannte Unbilligkeit, wogegen sich die Betroffenen wehren müssen.

### Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Vertreter der vier Bergarbeiterverbände im Kriegsamt.

Am 19. Juli hatten die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände eine zweistündige Besprechung mit dem Leiter des Kriegsammtes, General-Leutnant Gröner. Es wurden dabei alle Beschwerden und Wünsche aus allen Bergwerken kurz vorgetragen und um Abhilfe gebeten.

Die Arbeitervertreter warnten eindringlich vor dem von Arbeitergeheile auf neue beschriebenen Pläne, den Bergarbeitern das Recht der Arbeit zu unterbinden oder gar den ganzen Bergbau zu militarisieren. Herr Gröner sagte zu, daß das letztere ausscheidet, aber es können nicht immer Bergarbeiter aus dem Kriegsamt entlassen werden, die dann in die Rüstungsindustrie übergehen. Darauf wurde ihm erwidert, daß dann das Kriegsamt auch für bessere Löhne im Bergbau sorgen müsse. Wenn in nahen Rüstungsfabriken selbst Handarbeitern ein Stundenlohn von 80-90 Pf. gezahlt werden, im Bergbau aber selbst Bauer noch unter 7, ja sogar unter 5 Mark pro Schicht verdienen, so wäre der Wechsel nicht anzuraten. Es schickte brachte die Vorgänge von Ober- und Niedersächsen zur Sprache. Er wies auf der Hand von Förderziffern nach, daß 150 000 Tonnen Kohlen verloren gegangen seien, weil die Arbeiter am 10. Juli im Oberbergamt nicht mit den Arbeitervertretern verhandelt und sich nicht verständigt hätten. Gätten die Herren gleich an diesem Tage die Vorschläge der Arbeiter angenommen, die nun von den Schlichtungsausschüssen durchgeführt worden seien, so wäre der Streik 5 Tage früher beendet und obige Kohlenmenge mehr gefördert worden. In Niedersächsen hätten, so führte Sachse weiter aus, die Bergherren erklärt, sie müßten die Ruhe zunichte machen, wenn sie 7 oder 7,50 Mark Stundenlohn zahlen sollten, wie das dort die Arbeiterausschüsse jetzt verlangen. Diese geringe Forderung abzulehnen sei doch unmöglich, wenn nicht die dortigen Arbeiter einem schändlichen Schemel verfallen sollen, sei es wirklich wahr, daß die Werke das nicht zahlen könnten, so müßte der Staat mit Staatsermäßigungen oder sonstigen Zuschüssen sofort einspringen.

Auch die kolossalen Gemüts- und Kartoffelpreise wurden von allen Vertretern als gefährlich und schmerzhaft, wenn nicht schmerzhaft Abhilfe geschaffen werde. Auch das Einfallen der Karoffeln müßte im Herbst ermöglicht werden. Ebenso beschwerten die Arbeitervertreter noch Vermehrung billigen Schmutzwasser und Arbeitsleistung seitens der Zechen. Das letztere sagte Herr General-Leutnant von Gröner zu. Er habe schon darüber mit der Reichsberleibungsstelle verhandelt. Auch die Ruhe- und Lebensmittelpreiserhöhungen behalte er ständig im Auge und wolle den eiligen Anträgen möglichst nachkommen. Auch die Waperegelung Kellnerarbeiten kam wieder zur Sprache und wurde Abhilfe verlangt. Auch wurden neue Klagen aus fast allen Bezirken vorgetragen, wonach Geschäftsleute, Wirte ufm. von den Zechen reklamieren würden, wogegen die Bergleute an der Front bleiben müßten. Herr Gröner hat, ihm genaue Angaben über unzureichende Reklamationen gegeben zu lassen, er wolle da Remedur schaffen. Man kann wohl hoffen, daß diese Aussprache nicht ohne Nutzen für die Arbeiter bleibe.

### Antwort des Generalkommandos.

Münster, den 18. Juli 17.

An den  
Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum.

Auf die Eingabe vom 30. Juni d. J.  
Seine Exzellenz, der kommandierende Herr General, hat von der in Absicht mitgeteilte Eingabe der vier Bergarbeiter-Organisationen an den Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes Kenntnis genommen. Die Maßnahmen, die als Ersatz für scheidende Karoffeln gegeben werden, sind inzwischen wiederum herausgegeben worden. Was die Preissteigerungen auf dem Obst- und Gemüsemarkt anbelangt, so sind die Kommandobehörden nach Möglichkeit bestrebt, ihnen entgegenzuwirken, sie sind jedoch hierbei auf Schwierigkeiten gestoßen, die nicht leicht zu überwinden sind. Es ist jedoch Erwägungen darüber, durch welche Maßnahmen es ermöglicht werden kann, den Kommandobehörden eine härtere Einwirkung auf die Gemüsebelieferung zu sichern. Das Generalkommando ist fortgesetzt bemüht, jede erreichbare Milderung der Ernährungsschwierigkeiten herbeizuführen.

Von Seiten des stellvertretenden Generalkommandos.

Für den Chef des Stabes:

Gen. Pfeffer.

Hauptmann.

### Rudolf Wuthmann f.

Im Kampfe für sein Vaterland fiel am 4. Juli 1917 der zweite Vertrauensmann der Zahlstelle Langendreer Rudolf Wuthmann. Am 25. Dezember 1885 geboren, trat er am 1. September 1905 unserm Verbande bei. Seitdem war er unermüdetlich für die Verbandssache tätig. Wo es galt, Arbeit zu leisten oder Opfer zu bringen, da war Wuthmann einer der ersten. Nun ist er dahin, aber in unserer Erinnerung wird er fortleben als ein Vorbild hingebender Opfermütigkeit und Pflichterfüllung. Ihm seien unsere Gedanken.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Langendreer.

### Schlagwetterexplosion auf Pluto.

Auf Zeche Pluto (Schacht Wilhelm in Wanne) ereignete sich am 9. Juli auf der sechsten Sohle eine Schlagwetterexplosion, wobei 8 Bergarbeiter getötet und 19 verletzt wurden. Von den Schwerverletzten sind inzwischen noch 3 gestorben, so daß sich die Zahl der Toten auf 11 erhöht.

### Arbeiterausführung der Zeche Werne I/III.

Die am 9. Juli stattfindende Besprechung der Tagesordnung:

1. Besprechung der Eingabe des Arbeiterausschusses an den Schlichtungsausschuß;
2. Entgegennahme von Wünschen der Belegschaft.

Zur Besprechung lag das Protokoll der Sitzung des Schlichtungsausschusses vom 2. Juli vor. Es wurden die beschriebenen Punkte des Protokolls eingehend beraten und man einigte sich auf folgende Grundablage:

Zu Punkt 1: Von einzelnen Mitgliedern des Arbeiterausschusses wurde behauptet, daß bei den Schichtführern in der Regel die 40 Pf. Lohnrückzahlung, welche damals zugefast worden war, nicht ausbezahlt worden sei. Bei der Besprechung ergab sich, daß in ersten Monat auf Wunsch der Leute die Schichtlöhne mit den Arbeiterjahren ver-

einigt worden seien, aber im nächsten Monat den Schichtführern die ausgelegten 40 Pf. ausgezahlt und der erhöhte Aufwand außerdem verrechnet wurde.

Das A.-M. Grunenberg gibt an, daß ein Teil der Schichtführer in der Grube nicht beachtet worden sei, konnte aber für seine Reibung keine Beweise nicht erbringen. Er wird nochmals nachfragen und falls es sich herausstellen sollte, das tatsächlich einige Leute vergessen sein sollten, diese dem Betriebsführer namhaft machen. Die A.-M. erklärten sich mit der Regelung einverstanden.

Zu Punkt 2: Die Löhne der Reparaturarbeiter haben im Durchschnitt des vorigen Monats eine Höhe von 8,25 Mark erreicht. Damit ist dem damaligen Wunsch entsprochen worden. Es soll nochmals geprüft werden, ob tatsächlich einige Leute mit ihren Lohnsätzen betragsmäßig zurückgeblieben sind und welche Gründe da vorliegen. Sollten tatsächlich bei einigen Leuten Verbesserungen nicht erfolgt sein, so soll dies ihren Belegschaften entsprechend nachgeholt werden. Die A.-M. erklärten sich mit dieser Regelung ebenfalls einverstanden.

Zu Punkt 3: Das A.-M. Mecher hebt hervor, daß von den älteren Handwerkern einige nicht beachtet worden seien, so z. B. zwei Schlosser im Kesselfeld und einer in der Wäsche. Herr Betriebsführer Kästner wird diese Angelegenheit prüfen und auch hier wird dem Wunsch so weit wie möglich entsprochen werden. Die A.-M. waren mit dieser Regelung einverstanden.

Zu Punkt 4: Es wurde mitgeteilt, daß die Kohlenhauerlöhne im Monat Juni eine Höhe von 10,20 Mark erreicht haben werden. Es ist vorgesehen, wie auch bei den Schichtführern, an denjenigen Arbeitspunkten, an welchen geringere Löhne verdient worden sind, eine abnormale Regulierung vorzunehmen, was an den meisten Betriebspunkten schon geschehen ist, so daß zu hoffen steht, daß bei gleichbleibender Leistung ein Lohnjahrgang von 10,50 Mark erreicht werden wird. Auch mit dieser Regelung erklären sich die A.-M. einverstanden.

Zu Punkt 5: Der Lohn der Anschläger über Lage erfährt gleich dem Lohn der übrigen Schichtführer eine Steigerung von 20 Pf. auf 1 Juli; es soll aber außerdem den Leuten eine weitere Zulage von 20 Pfennig bewilligt werden. Auch hiermit waren die A.-M. einverstanden.

Zu Punkt 6: Bei den Kriegsinvaliden in der Wäsche handelt es sich um drei Mann, welche wegen ihrer geringen Erwerbsfähigkeit derzeit nur an den Kohlenhauertransporten mit Beschäftigung zuwendet werden können. Sie können hierbei ihre Beschäftigung nicht ausüben. Sie bekommen ab 1. Juli auch wieder eine Zulage von 20 Pfennig. Es soll jedoch versucht werden, ob sie anderweitig beschäftigt werden können. Auch hiermit sind die A.-M. einverstanden.

Zu Punkt 7: Wegen Überlastung der Kohlschichter ist eingehend beraten worden. Da die Belegschaft Wert darauf legt die Kohlschichter am Sonntag zu behalten, so soll diesem Wunsch entsprochen werden.

Nach der in Punkt 8 geäußerte Wunsch betr. Überlastung und Ausfertigung eines Protokolls soll entsprochen werden, weil die A.-M. Wert darauf legen, der Belegschaft gegenüber sich über die Verhandlungspunkte auszuweisen zu können. Es sollen zwei Exempel ausgefertigt werden, von denen das eine das A.-M. Schichtführer und das andere das A.-M. Nachhabe erhalten soll. Auch mit der Regelung dieser Punkte erklären sich die A.-M. einverstanden.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Die Lösung ist durch das Fehlen des Kleingeldes in der letzten Zeit sehr erschwert worden und es ist deshalb notwendig, eine Lenkung zu treffen. Es soll von jetzt ab der Lohn in runder Summe (in vollen Mark) zur Auszahlung gebracht werden und zwar in der Weise, daß die Pfennige, welche an der vollen Ecke fehlen, als Vorzuschuß gezahlt und auf den nächsten Monat vorgetragen werden. Den A.-M. wurde ein Entwurf eines Lohnbuches vorgelegt, und sie erklärten sich mit der Regelung einverstanden.

### Unorganisierte Bergarbeiter müssen verschwinden.

Im amtlichen Jahresbericht des Arbeitsamtes der Vereinigten Staaten findet sich eine treffende Beurteilung des unorganisierten Arbeiters in seinem Verhältnis zum Unternehmer. Es rührt vom jetzigen Arbeitsminister, dem früheren Sekretär des Bergarbeiterverbandes, her und lautet:

Der Bergarbeiter wendet sich an die Betriebsführer und er sucht um Arbeit. Von dem Ausprägung dieses Mannes hängt seine Existenz ab. Andere Arbeiter sehen hinter ihm und warten auf Aufnahme. Er stellt nichts vor als sich selbst. Der Betriebsführer dagegen repräsentiert eine Interessensvereinigung, ein Glied einer starken Kettenverbindung gebildet zum Angriff und zur Verteidigung. Hinter dem Betriebsführer steht der Inspektor, dann folgt der Grubenbetriebsleiter oder die Direktion, hinter diesen der Aufsichtsrat und dann die Aktionäre. Von oben nach unten und an die verschiedenen Angestellten der Vereinigung ergeben Anordnungen, Anweisungen und Befehle, und alle sind von dem Betriebe geleitet, das ist, aus der Maschine Mensch, die größte Leistung bei geringen Ausgaben herauszukolben. Es befindet sich der alleinlebende Arbeiter als Handelsobjekt dieser riesenhaften Interessensvereinigung gegenüber, ohnmächtig in seiner Unselbstigkeit, über die Bedingungen seines Arbeitsabgabes zu verhandeln. Der Bauer des Mittelalters befand sich dem Feudalherrn gegenüber in seiner schlechteren Situation. Das Wohl-ergehen der menschlichen Gesellschaft verlangt deshalb, und es muß darauf bedacht werden, daß der unorganisierte Arbeiter verschwindet und dafür der Organisierte seinen Platz einnimmt.

### Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 30. Woche (vom 22. bis 28. Juli 1917) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

Bezirk Zwickau. Es wird darauf hingewiesen, daß infolge Erkrankung des Kameraden Strunz das Bureau nur jeden Montag und Dienstag zur Erteilung von Rechtsrat und anderer dringender Fragen betriebs-Organisation und Agitation geöffnet ist.

Achtung! Saar-Revier, Elbst-Revier und Pfalz. Achtung! Alle Zusendungen und Anfragen betreffs Organisation und Agitation sind jetzt wieder an meine Adresse zu richten. Bei dringenden Angelegenheiten kann unser Telefon-Anschluß: Saarbrücken Nr. 1189 benutzt werden. Ludwig Hetterich, Saarbrücken III, Mainzerstr. 48, II.

### Gewerkschaftstaktell in Gelsenkirchen.

Den am Gewerkschaftstaktell Gelsenkirchen beteiligten Zahlstellen sei mitgeteilt, daß Wilhelm Buche, Gelsenkirchen V, Louisenstraße 50, als Vorsitzender, Bernhard Buche, Gelsenkirchen IV, Wilhelmstraße 107, als Kassierer, und Fritz Borck, Oststraße, als Schriftführer gewählt worden sind. Alle Briefe und sonstige Zuschriften sind an Buche, die Gelder an Borck zu adressieren.

### Bücherrevisionen.

Jahren. Vom 25. Juli bis 15. August.  
Somborn. Vom 20. Juli bis 1. August.

### Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Stollberg. Krankengeld wird jeden Freitag, von 9 bis 11 Uhr vormittags und von 6 bis 8 Uhr nachmittags, beim Kameraden Reichert am Markt, Zwickauer Straße 377, ausgezahlt.

### Adressenveränderungen.

Bottrop I. Als Vertrauensmann fungiert jetzt Stefan Biecoski in Bottrop, Hafenstraße 24.  
Gamm-Nord. Kamerad Bruno Wiedemann ist aus dem Felde zurückgekehrt und hat die Geschäfte des Knappschaftsleiters wieder übernommen. Er wohnt Hecken, Hülfstr. 46.  
Lünen-Süd. Die Geschäfte des Vertrauensmannes besorgt jetzt der Kamerad Hermann Frommlich, Lünen-Süd, Sedanstr. 5.  
Baltrop. Als Vertrauensmann fungiert jetzt Friedrich Böje in Baltrop, Stadtel 101.

### Die Mai-Abrechnung

hatten bis zum 30. Juni folgende Zahlstellen nicht eingelangt: Bezirk Gillinghofen: Gahnen; Bezirk Linden: Gillinghofen; Bezirk Oberhausen: Fahr; Bezirk Wagn: Rardbergen; Bezirk Senftenberg: Colbbran, Or.-Kösig, Senftenberg III, Ziebingen, Ziepling; Bezirk Jeth-Salungen: Brennergrün, Oberloquith, Rottersdorf, Schmiedefeld, Teufelshöh, Unterweizbach. Hauptstelle.